

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 11.02.2016**

***öffentlich***

---

**Ort:** Halle (Saale), Stadthaus, Wappensaal  
Marktplatz 2  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:32 Uhr bis 18:38 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

### **Anwesend waren:**

#### Mitglieder

Frau Ute Haupt	Ausschussvorsitzende, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Bernward Rothe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Herr Manfred Czock	Sachkundiger Einwohner
Frau Elisabeth Krausbeck	Sachkundige Einwohnerin
Frau Helga Schubert	Sachkundige Einwohnerin
Frau Susanne Willers	Sachkundige Einwohnerin
Frau Annette Wunderlich	Sachkundige Einwohnerin

#### Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin Gesundheit
Jörg Baus	Fachbereichsleiter Soziales
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Annerose Winter	Leiterin Abteilung Soziale Hilfen
Andrea Simon	Controllerin GB IV
Kirsten Sommer	stellvertretende Protokollführerin

#### Gäste

Jan Kaltofen	GF Jobcenter Halle (Saale)
Julia Burkhardt	Leiterin Welcome Center Halle

### **Entschuldigt fehlten:**

Herr Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Herr Norwin Dorn	Sachkundiger Einwohner
Frau Satenik Roth	Sachkundiger Einwohnerin
Herr Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wurde von **Frau Ute Haupt** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Haupt** sagte, dass die Tagesordnungspunkte

7.2. Aktueller Sachstand Asyl / Flüchtlingssituation

7.3. Bericht des Jobcenters Halle (Saale)

vor der Genehmigung der Niederschriften behandelt werden.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht, so dass **Frau Haupt** um Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgesetzt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
- 7.3. Bericht des Jobcenters Halle (Saale)
- 7.2. Aktueller Sachstand Asyl / Flüchtlingssituation
3. Genehmigung der Niederschrift
  - 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 12.11.2015
  - 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 03.12.2015
  - 3.3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.01.2016
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Schaffung von Sozialwohnungen im Rahmen von Wohnungsbau- oder Sanierungsprojekten der HWG und GWG  
Vorlage: VI/2015/01404

6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
  - 7.1. Themenspeicher
  - 7.4. Meldezahlen zu sexuell übertragbaren Erkrankungen einschließlich HIV
  - 7.5. Stellungnahmen der Suchtberatungsstellen der freien Träger zum Handlungsbedarf kommunale Sucht- und Drogenpolitik der Stadt Halle (Saale)
  - 7.6. Stellungnahme zum "Bericht zur Suchtkrankenhilfe in der Stadt Halle (Saale) 2014"
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

### **zu 7.3 Bericht des Jobcenters Halle (Saale)**

---

**Herr Kaltofen** stellte den monatlichen Bericht des Jobcenters Halle (Saale) vor.

*Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.*

Zur Folie „Flucht/Asyl/Migration – gemeldete Erwerbsfähige“ merkte **Herr Borggrefe** an, dass bereits in der Beiratssitzung des Jobcenters über den gewünschten Integrationswert diskutiert wurde. Im Ergebnis werden 10 % angestrebt.

Er plädiere dafür, aus langfristigen Aspekten eine möglichst hohe Integrationsquote anzustreben und zu realisieren. Wenn man die Bevölkerungsentwicklung betrachtet, vor allem den Rückgang von Personen im erwerbsfähigen Alter, dann ist die Zuwanderung, insbesondere von jungen Flüchtlingen wünschenswert. Trotz des damit verbundenen Aufwands, wie die Vermittlung der Sprache oder eine Berufsqualifikation, ist der langfristige Aspekt im Auge zu behalten.

**Herr Kaltofen** sagte, dass langfristig 10 % zu wenig sind. Gemäß der Erfahrung aus den letzten Migrationswellen ist zu sagen, bezugnehmend auf einen 20-Jahres Zeitraum, dass ca. die Hälfte in Arbeit kommt. In einem 5-Jahreshorizont wären nicht mehr als 20 % der MigrantInnen tatsächlich erfolgreich integrierbar, weil unter anderem bei größeren Wellen die Vorlaufzeit nicht gegeben ist. Die Wartezeit auf Integrationskurse beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge liegt bei 3-6 Monaten. Erst danach ist eine Integration sinnvoll. In der aktuellen Situation werden erst Menschen integriert, die seit 2 Jahren hier leben und weniger diejenigen, die Deutschland erreichen. Langfristig muss man natürlich über die angestrebten 10 % kommen.

**Frau Krausbeck** fragte, ob es für den Personenkreis, die erst mal die Sprache erlernen müssen, andere Beschäftigungsmaßnahmen gibt.

**Herr Kaltofen** sagte, dass die 10 % die Erwartungshaltung der Politik widerspiegeln. Er rechnet mit 4 % fürs aktuelle Jahr. Die Wartezeit bis zum Migrationskurs soll nicht ausgehalten werden. Man arbeitet an der Thematik, praktische Kenntnisse zu erproben,

kombiniert mit Sprachkompetenzvermittlung, unabhängig der vom BAMF angebotenen Sprachkurse. Dies ist der einzig gangbare Weg. Darüber hinaus werden Praktika bei Unternehmen angeboten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Haupt** bedankte sich bei Herrn Kaltfofen für seinen Bericht.

## zu 7.2     **Aktueller Sachstand Asyl / Flüchtlingssituation**

---

**Frau Haupt** bat zuerst um Erteilung des Rederechts für Frau Burkhardt. Dieses wurde erteilt.

Im Weiteren übergab Sie das Wort Herrn Paulsen zur Berichterstattung des aktuellen Sachstandes zur Asyl / Flüchtlingssituation.

**Herr Paulsen** informierte, dass die Situation stabil ist. Wie im Januar mitgeteilt, sind seit Anfang Dezember keine weiteren Zuweisungen an die Städte erfolgt.

Im Januar sollte ein Ausgleich des Kontingents erfolgen. Nach Plan lag die Zahl bei 218 Personen. Das Land hat hier korrigiert. Im Januar wurden nur 35 Personen zugewiesen. Jetzt im Februar scheint sich dies zu stabilisieren. In der ersten Februarwoche lag die Zahl bei 50, in der zweiten Februarwoche bei 90, sowie in der kommenden Woche wird sie bei 90 Personen stagnieren. Weitere längerfristige Prognosen gibt es nicht. Es wird vermutlich auf diesem Niveau bleiben.

Am morgigen Tag, 12.02.2016, wird es beim Innenministerium eine Sitzung mit den Landräten und Oberbürgermeistern geben. Es geht um die weiteren Vorstellungen des Landes und insbesondere um die künftigen Strukturen in der Landeserstaufnahmeeinrichtung.

Aktuell laufen Gespräche mit der HWG bezüglich eines größeren Wohnungskontingents. Momentan ist die Anzahl an Zuweisungen mit den Auszügen in Wohnungen händelbar. Die Situation in den Gemeinschaftsunterkünften ist platztechnisch entspannt.

Zu der Frage der Betreuung von Personen im eigenen Wohnraum gibt es zu berichten, dass es eine Richtlinie des Landes zu Integrationslotsen gibt. Ehrenamtlich Tätige, sog. Integrationslotsen, helfen Geflüchteten bei der Integration in den Alltag und in die Gesellschaft.

**Frau Ranft** sagte, dass manche Kinder ohne ärztliche Untersuchung die Erstaufnahmeeinrichtung verlassen. In der Gemeinschaftsunterkunft dann, können sie der Schulpflicht nicht nachkommen, da die ärztliche Bescheinigung fehlt. Sie empfahl dieses Thema in der morgigen Sitzung zu thematisieren.

**Frau Dr. Gröger** sagte, dass die Kinder in Halberstadt untersucht sind. Mitunter werden die Bescheinigungen nicht zeitnah übersandt. Diese Bescheinigungen gelten im Kinder- und Jugendärztlichen Dienst als Grundlage, wenn ein bestimmtes Zeitfenster nicht überschritten ist, die Schulfähigkeit zu bescheinigen. Die Mitarbeiter des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes haben mittlerweile einen Ansprechpartner in Halberstadt und man konnte so schon Verbesserungen erzielen.

**Frau Ranft** fragte, für welche Sozialleistungen rumänische Kinder die Schulbescheinigung benötigen.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Frage bereits im Bildungsausschuss gestellt wurde. Eine Beantwortung wird entsprechend dort erfolgen.

**Frau Ranft** fragte, in welchem Stadtteil weitere Wohnungen der HWG zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Paulsen** verwies auf eine flächendeckende Verteilung von Trotha bis Südstadt.

**Herr Dr. Wöllenweber** fragte nach dem Stand der Unterkunft in der Volkmannstraße.

**Herr Baus** antwortete, dass der vordere Teil des Gebäudes noch nicht in Benutzung ist, der hintere hingegen schon. Aufgrund bauspezifischer Gegebenheiten kann der vordere Teil noch nicht genutzt werden.

**Herr Schachtschneider** bat darum, im morgigen Gespräch beim Innenministerium die Frage zu stellen, warum die Zuweisungen an die Stadt Halle (Saale) im Vergleich in andere Städte am Größten ist. Weiterhin fragte er nach dem aktuellen Stand des Europa-Haus an der Magistrale, welches auch als Gemeinschaftsunterkunft angedacht war. In diesem Zusammenhang fragte er nach der weiteren Verwendung des Gebäudes in der Trakehner Straße.

**Herr Paulsen** sagte, dass die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2015 das Soll an Zuweisungen nicht erreicht hatte und damit war dies zunächst auszugleichen, derzeit erfolgen die Zuweisungen wieder gleichlaufend.

**Herr Baus** erklärte, dass der erste Eingang des Europa-Hauses fertig gestellt ist. Sukzessiv werden weitere Eingänge fertig gestellt. Die Frage zur Trakehner Straße wird im nicht öffentlichen Teil beantwortet.

**Herr Bönisch** erkundigte sich, ob die Gemeinschaftsunterkunft auch ohne Besetzung zahlungspflichtig ist. Weiterhin, ob die Geflüchteten überhaupt einzeln in Wohnungen untergebracht werden wollen.

**Herr Baus** konnte dies nicht gänzlich bestätigen. Es gibt geringfügige Unterscheidungen.

**Herr Bönisch** fragte, ob die Menschen aus den Gemeinschaftsunterkünften in Wohnungen ziehen möchten.

**Herr Paulsen** antwortete, dass die meisten Betroffenen in eigene Wohnungen ziehen möchten. Nach ca. zwei Monaten werden die Flüchtlinge darauf angesprochen in eigene Wohnungen zu ziehen. Die betreuten Plätze in den Gemeinschaftsunterkünften werden gebraucht.

Außerdem fragte **Herr Bönisch**, ob die Kapazität der Erstaufnahmeeinrichtung Maritim aus brandschutztechnischen Gründen heruntergefahren wird. Außerdem fragte er, wie der Vertrag, den das Elisabeth Krankenhaus mit der Stadt über die erbrachten Leistungen geschlossen hat, aussieht. Wer bezahlt, wenn die Kapazität geringer wird.

**Herr Paulsen** sagte, dass das Land verschiedene Aufgaben übertragen hat, die in der Erstaufnahmeeinrichtung übernommen werden müssen. Hierzu gehören die Erstuntersuchungen und die Geldauszahlungen. Der Vertrag mit dem Elisabethkrankenhaus richtet sich nach dem anfallenden Bedarf. Perspektivisch stellt sich die Frage an das Land

Sachsen-Anhalt, wie die Erstuntersuchung zu organisieren ist. Alle Kosten, die hierbei anfallen, werden vom Land erstattet.

**Herr Bönisch** fragte, wie viel Kosten bei den Erstuntersuchungen aufgelaufen sind.

**Herr Paulsen** antwortete, dass ca. 300.000 € aufgelaufen sind. In enger Abstimmung mit dem Elisabethkrankenhaus kämpft die Stadt darum, dass das Land die Kosten bezahlt.

**Herr Bönisch** bot seine Unterstützung an.

**Frau Haupt** fragte nach einer Übersicht über Kosten und Finanzierungen im Bereich Asyl. Sie wies darauf hin, dass auch freie Träger mit Kosten beteiligt sind.

**Herr Paulsen** sagte, dass eine Informationsvorlage vorbereitet wird, die alle Kosten für das Jahr 2015 im Bereich Asyl auflistet und alle Finanzierungen, die wir in diesem Bereich haben. So dass man sehen kann, was ist gegenfinanziert und welche Stellen sind noch offen und wie groß ist die Forderung, die die Stadt an das Land hat.

**Frau Burkhardt** informierte über die Arbeit des Projekts Welcome-Treff in der ehemaligen Theatrale am Waisenhausring. Die Freiwilligen-Agentur nutzt den ehemaligen Café-Bereich mit Unterstützung der Firma Papenburg nun für den Welcome-Treff. Die Firma Papenburg bekommt hierfür nur die Betriebskosten erstattet. Betreut, begleitet und organisiert wird der Welcome-Treff von Frau Burghardt als hauptamtliche Mitarbeiterin und sie wird über das Sonderprogramm Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug von vier weiteren MitarbeiterInnen unterstützt. Das Projekt gestaltet sich mit einer Öffnungszeiten von Montag bis Freitag 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr. Es wurde ein Ort der Begegnung und ein Ort für gemeinsame Aktionen und Angebote geschaffen. Ein Ort, an dem mit viel freiwilligen Engagement Angebote zur Sprachförderung, kreatives für Kinder sowie Workshops gemacht werden. Es gibt ein mittlerweile festes Programm. Die Bühnen der Stadt Halle unterstützen das Projekt und haben 14.000 € gesammelt und führen regelmäßig Informationsveranstaltungen und bunte Programme durch. Geplant ist jetzt ein Berufetag, an dem die Firma Papenburg Angebote zur Vermittlung von Praktika vorstellen wird. Die Freiwilligenagentur wird hier über Berufspatenschaften berichten. Als aktuelle Herausforderung wird versucht Angebote für Jugendliche, z. B. für sportliche Aktivitäten zu finden. Hierfür werden räumliche Möglichkeiten gesucht. **Frau Burghardt** regte an, Ideen und Anregungen einzubringen.

### **zu 3      Genehmigung der Niederschrift**

---

#### **zu 3.1      Genehmigung der Niederschrift vom 12.11.2015**

---

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 12.11.2015.

**Abstimmungsergebnis:      einstimmig zugestimmt**

#### **zu 3.2      Genehmigung der Niederschrift vom 03.12.2015**

---

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 03.12.2015.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**zu 3.3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.01.2016**

---

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 14.01.2016.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**zu 4 Beschlussvorlagen**

---

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Schaffung von Sozialwohnungen im Rahmen von Wohnungsbau- oder Sanierungsprojekten der HWG und GWG  
Vorlage: VI/2015/01404**

---

**Frau Dr. Schöps** wies auf die geänderte Situation seit der Antragstellung hin. Deshalb wurde der Antrag etwas angepasst. Das unveränderte Anliegen wurde in die jetzige Situation bei der Erarbeitung des Wohnpolitischen Konzepts eingeordnet. Sozialgemischtes Wohnen soll ermöglicht werden. Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss betrachtet den Aspekt aus sozialer Sicht, ob er im Rahmen des wohnpolitischen Konzepts geprüft und beachtet wird.

**Herr Paulsen** bestätigte, dass die Verwaltung diesen Prüfauftrag gern annimmt, was der Stellungnahme zu entnehmen ist.

**Frau Brederlow** sagte, dass in nächster Zeit Termine zwischen dem Geschäftsbereich Bildung und Soziales und Geschäftsbereich Bauen und Planen stattfinden werden, wo es um Diskussionen zum Wohnungspolitischen Konzept geht.

**Frau Ranft** bat um Beachtung, dass die Verwaltung ihre Zustimmung gegeben hat zu prüfen, aber nicht zum Inhalt. Sie schlug vor, bis zur Vorlage zum Wohnungspolitischen Konzept zu warten, um den Antrag zu berücksichtigen. **Frau Ranft** fand es schwierig, dass eine mögliche Verpflichtung erhoben werden soll, dass zwanzig Prozent beispielhaft gesetzt worden und dass eine günstige Ausstattung geschaffen werden soll.

**Herr Kieslich** äußerte, dass er mit der Formulierung „kostengünstige Ausstattung“ Probleme hat.

**Herr Schachtschneider** wies darauf hin, dass es praktikabel gestaltet werden muss. Er hatte sich bei der GWG erkundigt, wie das funktioniere, für zwanzig Prozent andere Standards zu verwenden. Das geht im Hinblick auf Wohnbauförderprogramme nicht.



**Herr Eigendorf** fragte, was passiert, wenn man dem Antrag zustimmt. Die Verwaltung wird dann prüfen und erklären, wie so eine kostengünstigere Ausstattung aussehen könnte. Am Ende bleibt das Wohnungspolitische Konzept zur Abstimmung.

**Frau Dr. Schöps** sagte, dass das Wohnungspolitische Konzept nach einem Beschluss des Stadtrates erarbeitet wird. Von den Bauherren soll eine soziale Mischung beachtet werden. Deshalb ist es weniger sinnvoll, nach der Erstellung des Wohnungspolitischen Konzeptes den Antrag zu stellen. Die Formulierung „kostengünstige Ausstattung“ entstand aus Erfahrungen.

**Herr Schied** sagte, dass in Sanierungen in Halle Ost solche Überlegungen mit einfließen. Die Ausstattung war kostengünstig gewählt.

**Herr Dr. Wöllenweber** sieht hier keinen Prüfauftrag für die Verwaltung. Die Wohnungen werden saniert und neu zugeschnitten, so dass es möglich ist, Wohninteressen anzupassen. Man sollte den Wohnungsgenossenschaften nicht so strenge wirtschaftliche Zügel anlegen.

**Frau Brederlow** bat ebenfalls darum, die wirtschaftlichen Interessen zu betrachten. Bei Sanierungsvorhaben in einem Haus ist es schwierig unterschiedliche Standards anzulegen. Zur Barrierefreiheit sagte **Frau Brederlow**, dass die älter werdende Gesellschaft berücksichtigt werden soll. Der Antrag wird als Prüfauftrag für das ganze Thema der Vermischung von Stadtteilen und Straßen gesehen und sollte von den kommunalen Wohnungsunternehmen vertreten werden. Diese Betrachtung muss vor dem Wohnungspolitischen Konzept betrachtet werden.

**Herr Peinhardt** schlug vor, eine Anregung daraus zu formulieren.

**Frau Ranft** fragte, bis wann das Wohnungspolitische Konzept erstellt wird. Nach der erfolgten Diskussion kann nun dem Antrag zugestimmt werden.

**Herr Paulsen** sagte, dass vorrausichtlich November/ Dezember 2016 mit dem Konzept zu rechnen ist.

Es folgten keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Haupt** bat um Abstimmung des Antrags.

Das Votum der sachkundigen Einwohner/-innen war eine einstimmige Zustimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                      **zugestimmt nach Änderungen**  
6 Ja-Stimmen  
5 Enthaltungen

**Beschlussempfehlung:**

~~Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der HWG und GWG zu beschließen, dass ab sofort bei Wohnungsbau- und Sanierungsprojekten, mindestens 20 Prozent der vorgesehenen Wohneinheiten als Wohnraum mit sozialverträglichen Mieten (angelehnt an den Ansatz der Kosten der Unterkunft) vorgehalten werden.~~

**Zur Reduzierung weiterer sozialer Entmischung (Gentrifizierung) in den Wohngebieten der Stadt Halle soll im Rahmen der Erarbeitung des wohnungspolitischen Konzeptes eine mögliche Verpflichtung der städtischen Wohnungsgesellschaften erwogen**

werden, bei Wohnungsbau- und Sanierungsprojekten angemessene Anteile der geplanten Wohneinheiten (zum Beispiel 20 Prozent) durch kostengünstige Ausstattung oder Fördermitteleinwerbung als Wohnraum mit sozialverträglichen Mieten (angelehnt an den Ansatz der Kosten der Unterkunft) zu schaffen.

#### **zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

#### **zu 7 Mitteilungen**

---

##### **zu 7.1 Themenspeicher**

---

Anmerkungen zum Themenspeicher erfolgten nicht.

##### **zu 7.4 Meldezahlen zu sexuell übertragbaren Erkrankungen einschließlich HIV**

---

Die Meldezahlen lagen vor.

##### **zu 7.5 Stellungnahmen der Suchtberatungsstellen der freien Träger zum Handlungsbedarf kommunale Sucht- und Drogenpolitik der Stadt Halle (Saale)**

---

Die Stellungnahmen wurden zur Kenntnis genommen.

##### **zu 7.6 Stellungnahme zum "Bericht zur Suchtkrankenhilfe in der Stadt Halle (Saale) 2014"**

---

Die Stellungnahmen wurden zur Kenntnis genommen.

##### **zu 7.7 Information von Herrn Paulsen zu Prüfungen des Rechtsamts**

---

**Herr Paulsen** informierte, dass vom Fachbereich Recht hinsichtlich der Frage geprüft wurde, ob in die Kompetenzen des Oberbürgermeisters bezüglich der Beschlussvorlage Einrichtung eines „Sozialrathauses“ - Grundsatzbeschluss zur räumlichen Bündelung von sozialen Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) eingegriffen wird. Außerdem wurde das Verfahren geprüft, weil die Vorlage unter Anträge angekündigt war, ob die notwendigen

Dinge bezüglich der Bekanntmachung nach der Geschäftsordnung in diesem Fall berücksichtigt wurden. Zum einem wurde nicht in die Kompetenzen des Oberbürgermeisters eingegriffen und zum anderen war es unschädlich, den ordnungsgemäß eingebrachten Antrag in einer 1. Lesung zu behandeln und dann zu vertagen. Es gibt nichts zu bemängeln.

**Herr Bönisch** kommentierte, dass er die Mitteilung so interpretiert hat, als ob die Verwaltung gesagt habe, es sei ein zulässiger Antrag. Es steht nicht darin zulässig oder nicht zulässig. Er bat darum es spezifiziert zu formulieren.

## **zu 7.8 Information von Frau Brederlow zum Thema Suchberatung**

---

**Frau Brederlow** teilte mit, dass der Zuwendungsbescheid vom Land für die Suchtberatung und Erziehungsberatungsstellen vorliegt.

## **zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

### **zu 8.1 Anfrage von Herrn Dr. Wöllenweber**

---

**Herr Dr. Wöllenweber** bemängelte die Stellungnahmen zum Tagesordnungspunkt 7.5 Stellungnahmen der Suchtberatungsstellen der freien Träger zum Handlungsbedarf kommunale Sucht- und Drogenpolitik der Stadt Halle (Saale) und 7.6. Stellungnahme zum "Bericht zur Suchtkrankenhilfe in der Stadt Halle (Saale) 2014". Die Stellungnahme ist zu lapidar. Er bat darum, mehr Informationen zu den Stellungnahmen seitens der freien Träger zu bekommen. Er fragte, wie der Bezug auf stationäre Bereiche erfolgt, weil dies nicht die freien Träger betrifft. Er fragte, wie der Stand der Ausschreibung für qualifizierte Fachärzte ist.

### **zu 8.2 Anfrage von Herrn Bönisch zum Sprachgebrauch**

---

**Herr Bönisch** fragte, warum im Sprachgebrauch in der Sitzung sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen und Stadträte benutzt wird.

**Frau Haupt** antwortete, die nicht gendergerechte Sprache zu überdenken.

### **zu 8.3 Anfrage von Frau Ranft**

---

**Frau Ranft** fragte zu den Stellungnahmen ebenfalls nach. Wenn der Bericht fehlerhaft ist, ob es da Konsequenzen gibt. Wie wird damit umgegangen.

**Frau Brederlow** antwortete auf die Anfrage von Herrn Dr. Wöllenweber und Frau Ranft zusammenfassend, dass um eine Stellungnahme gebeten wurde. Es wurde nicht um eine Bewertung der Verwaltung gebeten. Im Bereich der Planung hat sich Frau Dr. Gröger zu

bestimmten Punkten geäußert. **Frau Brederlow** empfahl jetzt keine Diskussion dazu zu führen, sondern das Thema gesondert aufzurufen.

**Herr Dr. Wöllenweber** bat darum, es als Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

**Frau Brederlow** sagte zu, das Thema für die Tagesordnung zu benennen.

#### **zu 8.4      Anfrage von Frau Haupt zum Halle-Pass**

---

**Frau Haupt** bat um eine Erläuterung zum Thema Saunabnutzung über den Halle-Pass.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Bäder GmbH die Preisermäßigung für die Saunanutzung in der Saline nicht mehr gewähren kann. Dazu hat es eine Anfrage im Stadtrat gegeben. Diese wurde auch an die Bäder GmbH weitergeleitet und Frau Dr. Marquardt vom Geschäftsbereich Kultur und Sport, wird sie beantworten.

#### **zu 8.5      Anfrage von Frau Haupt zur Stellenausschreibung**

---

**Frau Haupt** fragte nach dem Stand zu den offenen Psychiatriestellen.

**Frau Dr. Gröger** sagte, dass am 05.02.2016 das Bewerbungsverfahren abgeschlossen wurde und es gibt eine Bewerbung einer Fachärztin und eines Psychologen, der sich auf die Stellenangebote Psychiater beworben hat. Hierfür ist eine Rücksprache mit dem Fachbereich Personal nötig. Außerdem gibt es eine Initiativbewerbung, für die noch nicht extern ausgeschriebene Psychologenstelle.

#### **zu 8.6      Anfrage von Frau Haupt zur Kleiderkammer**

---

**Frau Haupt** teilte mit, dass die Kleiderkammern von der Stadtmission und von der AWO schließen. Sie fragte, ob die Möglichkeit besteht, dass die Stadtverwaltung hilft. Es müssen neue Einrichtungen gefunden werden, damit die Kleiderkammern weiter bestehen bleiben.

**Frau Brederlow** sagte, dass ihr die Schließung der Kleiderkammer der Stadtmission noch nicht bekannt war. Es geht bei der Schließung der Kleiderkammer der AWO um eine baurechtliche Frage zum Brandschutz. Es wird natürlich dem Träger Unterstützung angeboten.

#### **zu 8.7      Anfrage von Herrn Schied zu Bildung und Teilhabe**

---

**Herr Schied** fragte zum Bereich Bildung und Teilhabe zu den Wohngeldempfängern und Kinderzuschlagsempfänger, was macht die Stadt, um die Beantragung publik zu machen.

**Frau Winter** sagte, dass im Wohngeldbescheid für den relevanten Personenkreis auf die Inanspruchnahme Bildung und Teilhabe hingewiesen wird. Außerdem wird eng mit dem Jobcenter zusammengearbeitet, welches es publiziert.

**Frau Simon** antwortete, dass Bildung und Teilhabe eine kommunale Aufgabe ist. Alle möglichen Ausgaben, was die Werbung anbelangt, werden ausgeschöpft. Dieses Programm wird intensiv beworben. Über verschiedene Netzwerke werden die Angebote an die BürgerInnen getragen. Ein Flyer allein reicht nicht aus. Es funktioniert am besten über die direkte Ansprache der Eltern. Es ist ein Antragsverfahren erforderlich und das ist eine Hürde. Es wird versucht, über Schulsozialarbeiter, Träger und relevante Gremien, wo sich Kinder befinden, zu informieren.

## **zu 9      Anregungen**

---

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Haupt** beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Kirsten Sommer  
stellv. Protokollführerin